

Aktionstag am 25. Februar 2012 gegen Castortransporte in NRW



Am Samstag, 25.02.2012 protestierten AtomgegnerInnen in Nordrhein-Westfalen mit einem «Autobahn-Aktionstag» gegen die geplanten Castor-Transporte vom Forschungszentrum Jülich ins Zwischenlager Ahaus. Auch in Köln fand eine gelungene Aktion gegen die bevorstehenden CASTOR-Transporte statt.

Das Kölner Anti-Atom-Plenum und die Kölner Abgeordnete Hamide Akbayir, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion Die LINKE. NRW organisierten sich spontan zu einer öffentlichkeitswirksamen Aktion.

Ein Konvoi aus 2 Spezialtransportern und nachfolgenden mehreren PKW startete am Chlodwigplatz mit entsprechend deutlich plakatierten Fahrzeugen. Die Anwohner und Passanten wurden während der Fahrt ständig über den Lautsprecherwagen und Flugblätter informiert.

Der symbolische Castortransport mit der Aufschrift „JÜLICH-AHAUS- Castoren STOPPEN!“ , „FZ- AtomMülldeck geht nicht weg!“ und Autocorso fuhren zunächst über die Rheinuferstraße / Mülheimer Brücke / Frankfurter Straße / Olpener Str / Kalker Hauptstraße / Deutzer Brücke / Offenbachplatz (Oper) / Neumarkt / Rudolfplatz / Venloer Straße / Aachener Straße über Weiden nach Bergheim, wo eine Zwischenkundgebung auf dem Wochenmarkt abgehalten wurde, dann nach Jülich.

[Ausführlicher Bericht hier](#)

Für wendländische Verhältnisse in NRW: West-Castoren stoppen!

Kaum ist der Castortransport 2011 von La Hague ins Wendland in Gorleben eingerollt, stehen die nächsten Transporte vor der Tür – diesmal quer durch NRW und auf der Straße. Der Aufsichtsrat des Jülicher Forschungszentrums hat beschlossen, dass die 152 Castoren, die derzeit in Jülich strahlen, in die Atommülllagerhalle nach Ahaus transportiert werden sollen. Verantwortlich für diese Entscheidung ist CDU-Landesvorsitzender Norbert Röttgen, der den Bund als Mehrheitseigentümer vertritt.

Die Genehmigung für die Lagerung von Atommüll in Jülich läuft 2013 aus. Um die Genehmigung zu verlängern, müsste das Lager in Jülich auf den neusten Stand gebracht werden, was technisch möglich wäre. Obwohl die Landesregierung von SPD und Grünen im Koalitionsvertrag festgelegt hat, dass es keine Atommülltransporte von Jülich nach Ahaus geben wird, schieben sie jetzt die Hauptverantwortung auf die Bundesregierung. Bereits im Dezember 2010 brachte Die LINKE einen Antrag in den Landtag ein, damit die Landesregierung im Rahmen der Beteiligung des Landes nach § 4 Atomgesetz deutlich macht, dass aus polizeilicher Sicht die störungsfreie Abwicklung des Transportes in Anbetracht der zu erwartenden Proteste nicht mehr hinreichend gewährleistet werden kann [[LINKE-Antrag Drs 15/0850 als PDF](#)]. Dann dürften diese Transporte nicht stattfinden!

Da die Landesregierung die Transporte nicht verbieten will und einen harten Konflikt mit der Bundesregierung scheut, unterstützen wir in NRW alle Protestformen, damit wendländische Verhältnisse entstehen!

Eine erste Demonstration ist am Sonntag, 18.12.2011 ab 14 Uhr am Atommülllager Ahaus geplant.

Weitere Informationen auch unter: www.westcastor.de | www.kein-castor-nach-ahaus.de

Alle AKW sofort abschalten! Ausstieg aus dem atomaren Kreislauf!

Die Risiken der Atomkraft sind mitnichten – wie von den Betreibern immer behauptet – beherrschbar, auch nicht in einer der führenden Technologienationen wie Japan.

Wir müssen weiter entschiedenen Druck machen gegen die Atompolitik und für den konkreten Atomausstieg in NRW: Für die Stilllegung der RWE-E.ON Urananreicherungsanlage in Gronau und der Atomanlagen in Krefeld und Duisburg, für ein generelles Atomtransporte-Moratorium in NRW, für einen Einlagerungsstopp ins RWE-E.ON-Zwischenlager in Ahaus, gegen weitere Atomforschung in Jülich sowie für eine Kinderkrebsstudie an allen Atomstandorte.

Atomausstieg jetzt: Anti-Atom-Demonstration am 28. Mai 2011 in Bonn



Hamide Akbayir, MdL DIE LINKE. NRW / Thies Gleis, Landesverband DIE LINKE. NRW

Der legendäre Bonner Hofgarten wurde links liegen gelassen - ihn zu füllen hätte die Demonstration für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie am 28. Mai 2011 in Bonn nicht ausgereicht - aber die gut 5000 Atomkraftgegner und -gegnerinnen verschafften dem Münsterplatz nebenan endlich mal wieder das Flair einer bunten und lebendigen Massendemonstration - was die gute alte Bundesstadt Bonn nicht mehr häufig erlebt.



In zwei Demonstrationenzügen für die FußgängerInnen und einer Fahrrad- und Traktor-Demonstration aus dem Bonner Süden versammelten sich die DemonstrantInnen zunächst auf der Kennedybrücke, der Hauptverbindungsader zwischen den rechts- und linksrheinischen Teilen Bonns. Es sollte symbolisch der Quatsch von einer Brückentechnologie, die in der Atomtechnik angeblich stecken würde, entlarvt und blockiert werden. Tatsache ist nämlich, dass die Atomenergie keine Brücken-, sondern eine Blockadetechnologie ist, die für Jahrzehnte die Entwicklung alternativer Energieversorgung verhindert hat und noch verhindert.



Wie in den anderen 20 Städten hatte auch in Bonn ein breites Bündnis von großen und lokalen Initiativen zu dieser Demonstration aufgerufen. Auch die LINKE war wie immer dabei - sogar auf der Fahrraddemonstration strampelten echte Landesvorstands- und Landtagsfraktionsmitglieder mit, die altersmäßig sicher gut über dem Durchschnitt der DemonstrationsteilnehmerInnen liegen. Die RednerInnen forderten auch in Bonn einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie, der sich ausschließlich am Ziel der schnellen Beendigung und nicht an den Interessen der Atomkonzerne, an Reststrommengen oder europäischen Vorabvereinbarungen

orientiert. Ein Vertreter der japanischen Umweltbewegung machte nicht nur einen Crash- Kurs für

deutsch-japanische Demo-Parolen, sondern lobte die bundesdeutsche Anti-AKW-Bewegung als weltweit bewundertes Vorbild. Das ist doch eine schöne Messlatte für kommende Aktionen. Dass in Bonn und den anderen Städten jetzt zum dritten Mal in kurzer Zeit weit über 150 000 Menschen auf die Straße gingen, macht Mut und bestätigt die große Chance, in diesem Jahr wirklich das Ende der Atomenergienutzung in Deutschland konkret einzuläuten. [Bilderserie](#)

Fachtagung „25 Jahre Tschernobyl – ein Monat Fukushima“ fordert radikale Energiewende im Landtag von Nordrhein-Westfalen

Mit über 60 TeilnehmerInnen aus Wissenschaft und Anti-AKW-Bewegung hat die Fraktion DIE LINKE. Anforderungen an eine radikale Energiewende diskutiert. Hierzu erklärte Michael Aggelidis, energiepolitischer Sprecher der Fraktion: „Die Tagung war ein wichtiger Schritt zur Intensivierung der Debatte zwischen Fraktion, kritischer Wissenschaft und sozialer Bewegung. Der Tenor der ist klar: Wir brauchen eine doppelte Energiewende. Weg vom Atomstrom und weg von zentralistischer und monopolistischer Erzeugung und Verteilung. Die Zukunft ist dezentral, kommunal, demokratisch und zu 100 Prozent erneuerbar.“ [Weiter hier](#)

Resolution der Fachtagung Fachtagung „25 Jahre Tschernobyl – ein Monat Fukushima“

Die Energiewirtschaft gehört in die öffentliche Hand, weil die Versorgung mit elektrischem Strom elementare Daseinsvorsorge ist. Unsere Fachtagung hat zudem die Forderung nach Dezentralisierung und Demokratisierung der Energiewirtschaft unterstrichen. Nur so kann so schnell wie möglich auf erneuerbare Energien und auf das massive Einsparen von Energie umgeschaltet werden.

RWE und E.ON müssen in die öffentliche Hand – aber nicht um gleich EnBW als verstaatlichter Konzern weiter zu machen wie bisher. Dringend nötig sind neue Formen direkter Kontrolle öffentlicher und kommunaler Unternehmen. Neben den Beschäftigten müssen auch die Nutzerinnen und Nutzer sowie Bürgerinnen und Bürger über relevante Fragen der Unternehmenspolitik entscheiden können.

Dezentralisierung und Demokratisierung gehören zu wirklicher Vergesellschaftung dazu.

Das in den Energieriesen steckende Großkapital muss enteignet werden. Bei der Bemessung von Entschädigungszahlen muss berücksichtigt werden, dass bereits 204 Milliarden an Steuergeldern in die Atomwirtschaft geflossen sind. Zudem müssen die Folgekosten mit einbezogen werden, wie der Abbau der atomaren Anlagen und die Dekontaminierung. Hinzu kommt das ungelöste Problem der Endlagerung des atomaren Mülls, der die kommenden Generationen unabsehbar lange Zeit beschäftigen und belasten wird. Der Artikel 27 unserer Landesverfassung fordert ohnehin die Vergesellschaftung bei monopolartigen Machtzusammenballungen und bei Missbrauch von Wirtschaftsmacht. Die Überführung der RWE-Hochspannungsgesellschaft Amprion in Landeseigentum ist ein erster notwendiger Schritt.

Die Fachtagung hat im Konsens folgende fünf Forderungen verabschiedet:

1. Sofortiges Abschalten aller AKW, massiver Ausbau der erneuerbaren Energien und Förderung der Energieeinsparung!
2. Verbot aller Nukleartransporte durch NRW und Entzug der Betriebsgenehmigung der Uran-Aufbereitungsanlage in Gronau! Verbot des Exports atomaren Materials! Verbot aller atomaren Produktion und Forschung in Jülich!
3. Verankerung eines Verbots der atomaren Energiegewinnung im Grundgesetz!

4. Freies Strom-Grundkontingent für alle finanziert durch schrittweise Erhöhung der Preise für hohen Stromverbrauch!
5. Stärkung der außerparlamentarischen Bewegung und Diskussion der Idee einer Volksbefragung für eine Überführung von RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall in direkt von der Bevölkerung kontrolliertes öffentliches Eigentum!

Antrag DIE LINKE: Atombremse statt Schuldenbremse – Atomkraftwerke sofort abschalten!

DIE LINKE ist im Landtag NRW die einzige Partei, die für die sofortige Abschaltung aller AKW in Deutschland eintritt. Die Forderung findet bei CDU, FDP, SPD und Grünen ebenso wenig eine Mehrheit wie die Forderungen nach Aufhebung der Betriebsgenehmigungen für die Urananreicherungsanlage in Gronau oder den Verbot jeglicher Atomtransporte durch NRW.

Castor-Transporte und damit unnötige Risiken für Mensch und Umwelt vermeiden – Hochradioaktive Brennelementekugeln weiterhin am ehemaligen AVR Jülich zwischenlagern ([15/1542](#)).

Antrag: [Atombremse statt Schuldenbremse – Atomkraftwerke sofort abschalten! \[PDF\]](#)

Wenn es in der Sache hinreichende Übereinstimmung gibt, dann reicht DIE LINKE auch gemeinsame Anträge mit SPD und Grünen ein. So konnte verhindert werden, dass 152 Castoren von Jülich nach Ahaus transportiert wurden und die Chancen sind gestiegen, dass dies auch in Zukunft nicht geschieht.

Antrag: [Castor-Transporte und damit unnötige Risiken für Mensch und Umwelt vermeiden – Hochradioaktive Brennelementekugeln weiterhin am ehemaligen AVR Jülich zwischenlagern \[PDF\]](#)

Gemeinsam eingebracht von SPD, B'90/Grüne und DIE LINKE

Antrag der LINKEN: Kein Castortransport 2011 aus Ahaus

Der [Antrag der Fraktion DIE LINKE "Castortransporte aus Ahaus auch 2011 verhindern" \(15/850\)](#)

formuliert Anforderungen an eine konsequente Anti-Atompolitik der Landesregierung. Hierzu gehört auch, dass die Landesregierung die Bürgerinnen und Bürger ermuntert, zu demonstrieren, zu protestieren und zivilen Ungehorsam zu leisten. Es werden elf Forderungen skizziert, die elementar für eine konsequente Anti-Atom-Politik für NRW sind. Im Unterschied zu SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird aufgezeigt, dass die Landesregierung NRW sehr wohl Möglichkeiten besitzt, Sand ins Getriebe des Atomstaates zu streuen.

So heißt es in Punkt 7: "Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alle Informationen zu stattfindenden Atomtransporten unverzüglich der Öffentlichkeit mitzuteilen. Dies betrifft insbesondere Datum und Route der Transporte."

In Punkt 12 wird die Landesregierung aufgefordert, „sich für eine Änderung des Atomrechts mit dem Ziel einzusetzen, dass betroffene Länder maßgeblichen Einfluss auf die Genehmigung von Transporten von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten erhalten und dass die Kosten der Sicherung und Durchführung von derartigen Transporten von den jeweiligen Auftraggebern der Transporte getragen werden.“ Exakt diese Forderung wurde in der Bremer Bürgerschaft gemeinsam mit SPD, Bündnis 90/Die Grünen und LINKEN verabschiedet. In NRW dagegen findet sich hierfür keine Mehrheit. Kurzum: SPD und Grüne stimmten gegen diese konsequente Anti-Atom-Politik.

[Antrag Castortransporte aus Ahaus auch 2011 verhindern \(15/850\) als PDF \[0,8 MB\]](#)

Raus aus dem atomaren Wahnsinn!

Nach Harrisburg 1979 und Tschernobyl 1986 hat Fukushima 2011 erneut gezeigt: Die atomare Katastrophe ist nicht unwahrscheinlich. Auch europäische AKW, auch die deutschen AKW sind nicht gegen ein abstürzendes Flugzeug, einen Terroranschlag oder technisches oder menschliches Versagen gesichert. Auch in Deutschland stehen AKW in Erdbebengebieten. Auch in Deutschland kann es Überflutungen geben. Auch die neuen deutschen AKW verfügen über eine Geschichte von Pannen und Beinahe-Katastrophen. Auch in Deutschland vertuschen die Betreiber alles, was sie vertuschen können. Atombetreiber sind gegen atomare Unfälle nicht haftpflichtversichert. Die Versicherer wissen genau, was sie tun. Die Kosten der Folgeschäden von Unfällen sind unermesslich hoch. Fukushima zeigt dies. Auch in Generationen sind die Folgeschäden nicht behoben.

In Fukushima opfern Menschen ihr Leben, um möglichst viele ihrer Landsleute zu retten. Sie tun es auch für uns. Auch in Deutschland wurden bereits erhöhte Strahlenwerte von Jod 131 gemessen. Radioaktiv verseuchtes Wasser wird in den Pazifik gekippt. Das Ende der Atomkatastrophe ist noch lange nicht absehbar. Die Strahlenbelastung steigt weltweit an. Unter den Helferinnen und Helfern an den Reaktorblöcken in Fukushima vermissen wir die Verantwortlichen für die Katastrophe: Die Konzernherren und ihre politischen Helfershelfer.

Zukunft ist erneuerbar: Fachtagung am 16.04.2011 im Landtag-NRW

Trotz der Atomkatastrophen in Harrisburg 1979 und Tschernobyl 1986 führte die Macht des atomar-industriellen Komplexes zu Fukushima 2011! Wer nicht von der Industrie gekauft ist, weiß es seit Jahrzehnten: Es gibt keine sichere Atomtechnologie. Weg mit diesem Teufelszeug, und zwar sofort! Die Weichen für eine vollständig erneuerbare und damit dauerhafte klimafreundliche und sozial gerechte Stromversorgung müssen heute gestellt werden. Energieversorgung ist und bleibt ein Grundrecht! Die Macht der „Großen Vier“ Energiekonzerne ist spätestens mit dem sogenannten schwarz-gelben „Atomkompromiss“, der eigentlich ein Atomdiktat war, deutlich geworden. Sie arbeiten rein profitorientiert und dienen nicht der Daseinsvorsorge. 25 Jahre nach dem Super-GAU von Tschernobyl und trotz Fukushima ist Deutschland von einem Atomausstieg noch weit entfernt.

Dabei geht es nicht nur um den sofortigen Atomausstieg, sondern um den Energiesektor insgesamt.

DIE LINKE fordert:

- Keine neuen Kohlekraftwerke
- Nachhaltige Förderung regenerativer Energien
- Keine Atomtransporte
- Stilllegung der Urananreicherungsanlagen Gronau

Wie können Landtagsfraktion, Partei und außerparlamentarische Bewegungen möglichst effizient zusammenarbeiten, um diese gemeinsamen Ziele zu erreichen? Diese und ähnliche Fragen sollen an diesem Tag behandelt werden. Die Vergesellschaftung und Rekommunalisierung der Energiekonzerne in NRW – RWE und E.ON – ist dringend geboten. Aber auch die Stromnetze gehören in öffentliche Hand und demokratisch kontrolliert.

Die Teilnahme an der Tagung ist kostenlos. Anmeldung erbeten bis zum 11.04.2011

Mail an: Bianca.Thiele@landtag.nrw.de oder Telefon (0211) 884-4648

Programm der Fachtagung am 16.04.2011 von 10-17 Uhr

10:00 Uhr Begrüßung

Bärbel Beuermann, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW

Hamide Akbayir, MdL, Umweltpolitische Sprecherin, Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW

Michael Aggelidis, MdL, Energiepolitischer Sprecher, Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW

10:15 Uhr Grußwort der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und der Ökologischen Plattform NRW

Jonas Bens, Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW

Ralf Henrichs, Ökologische Plattform NRW

10:30 Uhr Situation der Anti-Atombewegung in Deutschland

Peter Dickel, AG Schacht Konrad

11:15 Uhr Die Macht der Großen Vier: Eine kritische wirtschafts- und energiepolitische Analyse

Prof. Heinz-Josef Bontrup, FH Gelsenkirchen

12:00 Uhr Vorstellung der vier Arbeitskreise, anschließend Mittagspause

13:00 Uhr Arbeitskreis I – Stromnetze und Energiewende – Brauchen wir eine NRW-Netzgesellschaft?

Michael Aggelidis, MdL, Energiepolitischer Sprecher, Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW

Roman Denter, Unser Hamburg - Unser Netz

13:00 Uhr Arbeitskreis II – Zurück zu den Kommunen, Vorwärts mit der STEAG? Strategien, Anforderungen und Perspektiven für die kommunale Stromerzeugung

Prof. Heinz-Josef Bontrup, FH Gelsenkirchen

Uwe Vorberg, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE Bochum

13:00 Uhr Arbeitskreis III – Anti-Atom-Politik im Landtag und außerhalb des Landtags

Hamide Akbayir, MdL

Umweltpolitische Sprecherin, Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW

Martina Haase

Ökologische Plattform NRW

13:00 Uhr Arbeitskreis IV – Die Zukunft der Atomenergie und die Anti-Atom-Bewegung

Siegfried Faust, Westcastor Bündnis

Udo Buchholz, AKU Gronau

15:00 Uhr Pause

15:30 Uhr Ergebnisse der Arbeitskreise

16:00 Uhr Podiumsdiskussion – Atomausstieg und Energiewende, die nächsten Schritte im Bund und in NRW?

Roman Denter, Unser Hamburg - Unser Netz

Thomas Eberhardt-Köster, attac

Siegfried Faust, Westcastor Bündnis

Hamide Akbayir, MdL, Umweltpolitische Sprecherin, Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW

Michael Aggelidis, MdL, Energiepolitischer Sprecher, Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW

Moderation: Birger Scholz, Referent für Wirtschaft und Energie, Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW

Beitrag zur Fachtagung: [Roman Denter: Power to the People! - Jetzt erst recht! \[PDF\]](#)

Quelle: http://archiv.linksfraktion-nrw.de/start/anti_atom/